



Einsatz für einen attraktiven Kanton Aargau

Der Kanton Aargau ist wirtschaftlich und bevölkerungsmässig einer der bedeutendsten Kantone der Schweiz. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen laufend überprüft und weiter verbessert werden, um im Standortwettbewerb bestehen zu können. Von dieser Interessenwahrung profitieren die Unternehmen im Kanton Aargau. ★ Im Kanton Aargau arbeiten 250 000 Beschäftigte oder fast 7 % aller in der Schweiz beschäftigten Personen. Die Aargauer Wirtschaft ist klar industrieorientierter als die Schweizer Wirtschaft im Gesamten. Die im Kanton stark vertretenen Branchen der Spaltenindustrie (Maschinen, Elektro, Metall, Chemie/Pharma) sind gut positioniert und weisen ein überdurchschnittliches Wachstumspotenzial aus. ★ Die Investitionsgüterindustrie im Kanton Aargau profitiert auch 2007 von der globalen wirtschaftlichen Entwicklung stark. Speziell aus Deutschland, mit einem Exportanteil von über 25 % der wichtigste Handelspartner, ist die Nachfrage erfreulich. ★ Der Aargauer Arbeitsmarkt profitiert von der weiterhin guten Konjunkturlage. Der robuste Arbeitsmarkt ist das Resultat einer auch von der AIHK mitgestalteten freiheitlichen Wirtschaftspolitik und guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die auch beim öffentlichen Beschaffungsweisen spielt. ★ Laut der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat der Kanton Aargau 2006 beim Gesamtindex der Steuerbelastung im kantonalen Vergleich einen Rang verloren. Insbesondere bei der Besteuerung von Unternehmen war der Aargau nicht konkurrenzfähig. Um seine Position im Steuerwettbewerb zu verbessern, hat der Kanton das bestehende Steuergesetz revidiert. Diese Revision ist per 1. Januar 2007 in Kraft getreten und wird die steuerliche Attraktivität des Aargaus verbessern. Die AIHK for-

dert, dass das Steuergesetz periodisch überprüft wird und weitere Steuersenkungen in Zukunft in Betracht gezogen werden. ★ Die Wirtschaft ist auf eine Volksschule angewiesen, deren Absolventinnen und Absolventen für den Einstieg in die Arbeitswelt bestens gerüstet sind. Nach der Vernehmlassung des Planungsberichtes Bildungskleeblatt hat der Regierungsrat gewisse Anpassungen vorgenommen. Parallel dazu ist eine Vernehmlassung zum Projekt Bildungsraum Nordwestschweiz gestartet worden. Die AIHK unterstützt eine möglichst grossräumige strukturelle und inhaltliche Harmonisierung der Volksschule. Das Ziel des Bildungskleeblattes, die Maturität nach 12 Schuljahren erreichen zu können, soll durch individuelle Beschleunigung erreicht werden. Im ganzen Planungsbericht wird diese Beschleunigungsmöglichkeit aber nur für die gymnasiale Bildung erwähnt und nicht auch für Berufslernende. Die AIHK lehnt eine derartige Benachteiligung der Berufsbildung ab! Um diese Vorlage nicht zu gefährden, braucht es dringend eine Verbesserung dieser Situation. ★ Die genannten Beispiele zur Steuerpolitik oder dem Bildungskleeblatt verdeutlichen unsere massgeblichen Stossrichtungen. Unser Ziel ist eine grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit und Vertragsfreiheit der Sozialpartner. Unserer Meinung nach soll der Staat freiheitlich, effizient und schlank sein. Das bedeutet, dass die Belastung mit Abgaben (Steuern, Gebühren usw.) möglichst klein ist. Zudem müssen die Regulierungsdichte von Auflagen aller Art und der administrative Aufwand auf ein Minimum reduziert werden. Hauptaufgabe des Staates ist das Schaffen von optimalen Rahmenbedingungen (Finanzen und Steuern, Bildung und Forschung, Raumentwicklung und Infrastruktur, Sicherheit usw.). Wir werden uns auf jeden Fall weiter mit ganzer Kraft für einen attraktiven Kanton Aargau einsetzen – es lohnt sich!

Daniel Knecht ★ dipl. Bauing. ETH/SIA, MSc in Management [Sloan], ist ein erfahrener Unternehmer. Er leitet als CEO die Knecht Bau AG in Brugg und weitere Firmen seiner Holding mit insgesamt 160 Beschäftigten in den Bereichen Tief- und Strassenbau, Transporte und Recycling, Haustechnik sowie Immobilien und Baustoffe. Seit 2007 ist Daniel Knecht Präsident der AIHK. Als Vertreter der FDP gehörte er von 1989 bis 2005 dem Grossen Rat an.